

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Str. 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.50 M., bei Platzvorkauf 2.50 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die internationale Demonstration des 13. März.

Wien.

Wien, 13. März. In verschiedenen Stadtteilen Wiens fanden heute Massenversammlungen mit der Parole: „Gegen Imperialismus und Kapitalismus“ statt, in denen sozialistische Abgeordnete Referate über die wichtigsten Entschickungen der ersten internationalen sozialistischen Konferenz hielten. Die Redner gebachten in ihren Ausführungen auch der Märzgefallenen. Den kürzesten Besuch wies die Versammlung in der Volkshalle auf. Der Andrang war so groß, daß vor dem Hause eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Die hier von Professor Hartmann gehaltenen Rede, in der er darauf hinwies, daß die Sozialdemokraten Österreichs gewillt seien, die Leiden des deutschen Volkes mitzutragen, gaben Anlaß zu andauernden stürmischen Sympathieausdrücken für Deutschland. Die Teilnehmer an der Versammlung in der Volkshalle zogen sodann zur Universität, wo die Abgeordneten Rieger und Glöckel gegen die durch deutschnationale Studenten veranfaßte Störung der letzten von sozialdemokratischen Studenten im kleinen Festsaal der Universität veranstalteten Märzgefallenen-Feier protestierten. Abg. Glöckel betonte, daß die Arbeiterklasse gemißt sei, für die Freiheit der Wissenschaft einzutreten und es zu verhindern wissen werde, daß der freiheitliche Gedanke durch Schranken eingegrenzt werde. Sämtliche Versammlungen verliefen in vollster Ruhe.

### Englische Drohungen. Wirtschaftliche Blockade.

Berlin, 13. März. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: „In der zweiten Lesung des Einheitsgesetzes erklärte der englische Finanzminister Chamberlain, daß das Gesetz wirtschaftliche Blockaden enthalten müsse. Wenn die Deutschen sich nicht bereit erklären würden, mit den Alliierten in der Wiederherstellungsfrage zusammenzuarbeiten oder annehmbare Vorschläge unterbreiteten, würden die Alliierten imstande sein, eine wirtschaftliche Blockade von einer solchen Schwere durchzuführen, die die deutsche Regierung schon zur Verzweiflung bringen werde.“

Diese Drohungen zeigen, wie notwendig es ist, daß die Reichsregierung die Forderung unserer Partei erfüllt, jede Gelegenheit zur Anknüpfung neuer Verhandlungen auszunutzen. Die Hauptlast einer solchen wirtschaftlichen Blockade würde auf die Arbeiterschaft fallen in Form weit ausgebreiteter Arbeitslosigkeit. Und daß die „nationalen“ Parteien, die jetzt zum Durchhalten aufrufen und den Bruch mit der Entente unheilbar machen möchten, bereit wären, den Arbeitslosen ausreichende Unterstützung zu zahlen und die lächerlichen Bestimmungen zu beseitigen, die ihnen nach dieser Zeit das Bezugsrecht nehmen, das wird niemand ablehnen, der die deutsche Bourgeoisie kennt. Die will nicht die Forderungen der Entente adöwen, um solche der Arbeitslosen zu erfüllen. Sie kann es ja eine Zeitlang aushalten und die Arbeiter — die haben die Pflicht, für die Sozialisten zu hungern!

### Vor Arbeiteraussperrungen in den neu besetzten Gebieten?

Passive Resistenz der Unternehmer?

Paris, 13. März. (A. Z.) Mit auffallender Gleichmäßigkeit und Häufigkeit im Dienste der Stimmungsmache berichten die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter, die sich in den neu besetzten Städten aufhalten, von der Möglichkeit von Arbeiteraussperrungen. Der Berichterstatter der Journal spricht von verdächtigen Sendungen, die die Fabriken durchziehen, um die Arbeiter gegen Frankreich aufzufahren. So berichten man aus Arbeiterkreisen in Hamburg von einer gewissen Erregung; sie sei entstanden, weil man behaupte, die Fabriken würden demnächst schließen. Einige Persönlichkeiten der Entente, die ihre Funktionen nach Duisburg führten, sollen dem Berichterstatter diese Nachrichten bestätigt haben. Sie kündigten die Möglichkeit enfter Ereignisse an.

Der Berichterstatter des Petit Parisien spricht ebenfalls davon, daß möglicherweise in den nächsten vierzehn Tagen 100000 Arbeiter in Düsseldorf und Umgebung arbeitslos sein könnten. Er behauptet, bekämpfen zu können, daß die lokalen Gewerkschaftsführer den Alliierten anerkennen Maßnahmen vorzuschlagen hätten, die die Grundlage für eine Arbeiterpolitik der Alliierten in der neu besetzten Zone abgeben könnten.

Auch General Bertraud, der für Douvre als Sonderberichterstatter nach der neuen Besetzungzone gefahren ist, will von Aussperrungsgerüchten erfahren haben. Er spricht von einer wirtschaftlichen Revanche, die genommen werden soll.

Wir hoffen, daß das A. Z., das die Nachrichten der französischen Blätter als Stimmungsmache bezeichnet, recht behält, wollen es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß von den Kreisen, zu deren Anhängern viele Unternehmer zählen eine verbrecherische Propaganda getrieben wird, die Zwangsmaßnahmen der Alliierten mit passiver Resistenz zu beantworten. Es sei den Herrschaften mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, zuzulassen, daß der Kampf zwischen der Bourgeoisie der Entente und der Deutschlands auf ihrem Rücken ausgetragen wird, und daß sie kein Mittel sehen wird, um einen solchen Plan, der den Unternehmern angesichts der schlechten Konjunktur sehr zustatten kommt, zu nichte zu machen.

### Hamborn in das Besetzungsgebiet einbezogen.

Berlin, 11. März. Die Nachricht, daß die Stadt Hamborn von belgischen Truppen in das neue Besetzungsgebiet einbezogen worden sei, scheint nach den hier vorliegenden Meldungen richtig zu sein. Allerdings haben die Alliierten darauf verzichtet, den Ort selbst mit Truppen zu besetzen, da sie offenbar wegen der radikalen politischen Stimmung der dortigen Arbeiterbevölkerung einige Besorgnisse haben. Der Besetzungszustand ist aber über den Ort verhängt worden; ebenso wurde die Abgabe sämtlicher Waffen bis heute abend 6 Uhr angeordnet. Eine Liste sämtlicher ehemaligen aktiven und Reserve-Offiziere mußte sofort eingereicht werden.

### Die Folgen der Dragesch-Politik der Reichsregierung.

Berlin, 15. März. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Die unjer Berliner Korrespondent erzählt, ist man in über die Absichten der Entente orientierten Kreisen in Berlin der Meinung, daß, da das Entwaffnungsgesetz nicht bis zum 15. März rechtzeitig verabschiedet ist, die Gefahr weiterer Sanktionen besteht. Es ist anzunehmen, daß die Alliierten sich einschließen werden, weitere militärische Sanktionen durchzuführen. Ueber die neu zu besetzenden Städte ist hier in Berlin nichts bekannt, doch liegt es nahe, daß wieder die Besetzung Straßburgs oder aber ein Vorstoß über Mannheim nach bayerischem Gebiet erfolgt.

Das deutsche Volk könnte also die Abneigung der reaktionären Reichsregierung, rechtzeitig gegen die Dragesch vorzugehen, mit schweren neuen Härten bezahlen müssen.

### Das Urteil im Aulock-Prozess.

Warschau, 13. März. (A. Z.) In dem Prozeß gegen den Oberbürgermeister Aulock und Offizierskollaborateure Walker lautet das Urteil gegen Walker wegen schwerer Körperverletzung in zehn Fällen auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Walker ebenfalls wegen Körperverletzung in zehn Fällen auf 4 Jahre Gefängnis und gegen Walker wegen gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Mildernde Umstände wurden den Angeklagten verweigert, vielmehr wurde die Höchststrafe, mit der die wehrlosen Gefangenen behandelt worden waren, als Strafmaß festgesetzt.

### Weitere antisemitische Ausschreitungen in Wien.

Wien, 14. März. (A. Z.) Gestern haben hier Versammlungen der Antisemiten stattgefunden. Nach dem Schluß kam es in der Ringstraße zu ersten Ausschreitungen. Bei einer Reihe von Geschäftslokalen wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und von der Straßenbahn die Leute heruntergeholt, die man für Juden hielt, und mißhandelt. Frauen und Mädchen wurden beschimpft. Ein Versuch der Antisemiten, in die Leopoldstraße einzudringen wurde von der Polizei vereitelt. Es wurden 25 Verhaftungen vorgenommen.

### Bevorstehende Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedensvertrags?

OE. Warschau, 14. März. Am Sonnabend verbreitete sich hier die Meldung, daß die Rigaer Sowjetdelegation ihre Verbleibungsstatistik aufgegeben und den Termin der Unterzeichnung des Vertrages für den 17. März formell verlegt habe. Nach hiesiger Auffassung hat Zoffe unter den Zwang der Umstände nachgegeben und dies wird als Symptom der heißen Lage der Sowjetregierung betrachtet. Man glaubt, Zoffe habe das Zugeständnis in bezug auf den Termin gemacht, weil er befürchtete, bei weiterer Verzögerung größere Konzessionen hinsichtlich der Vertragsbedingungen machen zu müssen. In der Hauptfrage des Goldanteils soll es tatsächlich bei dem sowjetrussischen Vorschlag bleiben, wonach Polen einen Reichsanfandanteil in Höhe von 30 Millionen Goldrubel erhält nebst einem noch zu erörternden Äquivalent für den Eisenbahnwagenpark. Nach den letzten Nachrichten ist der ursprünglich vereinbarte Termin für die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf den 19. März verschoben worden.

Die anbrechende Woche wird in Warschau mit höchster Spannung erwartet. Abgesehen davon, daß man von ihr die Unterzeichnung des Rigaer Friedens erhofft und die obersteinstufige Abstimmung bevorsteht, erfolgt vom Dienstag bis Freitag die entscheidende dritte Lesung der Verfassung. Endlich ist das öffentliche Interesse in hohem Maße der Wilnaer Frage zugewandt, denn nunmehr ist die Zustimmung der polnischen Regierung zu dem Völkerbunds-vorschlag erfolgt, die Wilnaer Frage zunächst in direkten polnisch-litauischen Verhandlungen unter dem Vorsitz von Szymanski in Brüssel zu beraten. Im Wilnaer Gebiet beginnen, ungeachtet der vom Völkerbundrat gestellten Bedingungen die Vorbereitungen für die Wahlen zum mittellitauischen Sejm. Zeligowski hält sich zur Zeit in Warschau auf und ist im Stadiparlament als Ehrenbürger Warschaws beehrt gefeiert worden.

### Englische Blutschuld in Irland.

Paris, 14. März. Nach einer Meldung des Temps aus Dublin wurden heute früh sechs zum Tode verurteilte Straftäter gehängt. Vor dem Gefängnis hatte sich eine Menschenmenge von etwa 25000 Personen versammelt. Bis 12 Uhr ruhte die gesamte Arbeit zum Zeichen der Trauer.

### Der Aufstand in Kronstadt.

Von D. D. Lin.

Die letzten Nachrichten aus Rußland bringen einige Klarheit in die Geschichte des Aufstandes von Kronstadt.

War es eine Verschwörung oder war es ein Aufstand? Handelt es sich um eine spontane Massenbewegung unzufriedener und enttäuschter Arbeiter und Matrosen, oder aber war es ein durchdachter und vorbereiteter Plan reaktionärer Elemente zum Sturz der Sowjetregierung? Auf diese äußerst wichtige Frage neben die vorhandenen Nachrichten eine klare Antwort.

Ein amtliches Radio aus Moskau schildert den Gang der Bewegung folgendermaßen: Am 28. Februar haben die Mannschaften des Panzerkreuzers Petropawlowst eine Resolution angenommen, deren Inhalt nicht übermittelt, die aber als „reaktionär“ bezeichnet wird, weil sie eine Neuwahl des Matrosen-Sowjets verlangte. Offenbar wollten die Matrosen neue Vertreter statt Kommunisten in den Sowjet entsenden. Dem Verlangen haben die Kommunisten nachgegeben, heißt es weiter im Radio, wollten aber entschieden, daß die Wahlen in einem Saal in Kronstadt stattfinden; die „gegenrevolutionären Elemente“ (d. h. parteilose Matrosen) wollten dagegen die Wahlen auf dem Schiff vornehmen. Und am 2. März brach auf dem Petropawlowst ein Aufstand gegen die Regierung aus.

Ein Leser, der die Verhältnisse nicht ganz genau kennt, muß stutzt werden. Wie ein Aufstand und ein achtstägiger blutiger Kampf wegen der ganz kleinen Frage, wo das Wahllokal liegt? Aber der Moskauer Bericht enthält mehr Wahrheit, als der unerbittliche Leser ihm zu schenken geneigt wäre. Die Matrosen wurden vor die Frage gestellt, ob sie freie Wahlen zum Sowjet haben oder sich einen Wahlbruch von der herrschenden Partei gefallen lassen wollten. Würden sie im Sowjet den Kommunisten das Lebensrecht verschaffen, oder haben sie das Recht, den Sowjet aus ändern, d. h. parteilosen Vertretern zu bilden? Die Organisation der Wahlen, dieser oder jener Saal als Wahllokal, diese oder jene Kontrolle und dergleichen gehören zu den lächerlichen Mitteln der Wahlmanoe in Rußland. Und es steht auch absolut sicher — was im Moskauer Radio allerdings verschwiegen ist — daß zwischen den beiden Terminen, zwischen dem 28. Februar und dem 2. März, Verhaftungen vorgenommen waren, um die Führer der parteilosen Matrosen für die Wahlperiode „unschädlich“ zu machen. Dies ist sicher der letzte Funke gewesen, der zu der großen Explosion führte.

Es ist das klassische Bild eines Aufstandes, der ganz von selbst aus dem Volke Mitte, ausbricht. Gewiß, es gibt in Rußland „unterrevolutionäre“ Elemente genug. Gewiß, französischer und englischer Spione sind nicht wenig in Petrograd. Aber der ganze Gang der Ereignisse, zeigt jedem unvoreingenommenen Menschen, daß die Bewegung in Kronstadt mit derartigen Einflüssen nichts zu tun hatte. Es war nicht ein Aufstand gegen die Sowjets, sondern für die „freien Sowjets“, gegen Parteidiktatur.

Und diesem ihrem Gedanken von den „freien Sowjets“ als Staatsgewalt — einem Gedanken, der aus dem Jahre 1917 von Lenin stammt —, sind die aufständischen auch weiterhin treu geblieben. In seiner Zeitung schreibt das Aufstandskomitee am 8. März: „Wir werden freie Wahlen zu den Sowjets herstellen. Wir streben an eine Vereinigung der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intellektuellen.“ Und in einem Radio, das von Kronstadt ausgeht, wird proklamiert das Komitee gegen die „konterrevolutionäre Legende“ und erklärt: „Es ist Trojki, der den Willen der arbeitenden Bevölkerung unterdrückt.“ Trojki — und kein Wort über Lenin! Die Bewegung ist mit bolschewistischem Ideengang stark verbunden. Nicht nur von einer Konarchie, sondern auch von der Konstituante ist bei den aufständischen keine Rede.

Man darf aber dabei eine Gefahr nicht übersehen. General Kossowski, der scheinbar an der Spitze steht, ist gewiß kein Agent der englischen oder französischen Regierung. Daß aber ein General und nicht eine politische Partei die Bewegung leitet, ist eine Erscheinung negativer Art. Falls der Aufstand mit einem Sieg endet, kann die Staatsmacht in die Hände militärischer Gruppen übergehen, die ein freischheitliches Regime kaum errichten werden; sie haben zu wenig Geschma und Verständnis dazu. Von einer Wiederaufrichtung des alten Regimes kann auch in diesem Fall keine Rede sein: die Bauernarmee Rußlands wird es nicht zulassen, und ihre Führer werden es auch nicht einmal versuchen. Daß aber ein Bonapartismus daraus aufwächst — ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, falls die demokratischen und sozialistischen Kräfte zu schwach sind, um eine derartige Entwicklung zu verhindern.

Man merkt aber auch, welche Verwandtschaft besteht zwischen den politischen Forderungen der aufständigen Matrosen und den bolschewistischen Partei hervorgetreten sind. Das Festhalten am Terror nachdem der Krieg zu Ende ist, und die schreckliche wirtschaftliche Situation haben neue starke Strömungen unter den kommunistischen Arbeitern Rußlands hervorgerufen. Es hat